

Washington News

Nr. 15 vom 18. April 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Handelspolitische Gespräche der Administration**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Tax Day**
- **Keine Einigung beim Thema Infrastruktur in Sicht**
- **Wunderbar Together – Feiern Sie mit uns die deutsch-amerikanische Freundschaft!**
- **Pittsburgh: Auf Mission**
- **Section 232-Bericht zu Uranimporten**
- **Verfassungsmäßigkeit von Section 232-Zöllen?**
- **Neue Sanktionen gegen Venezuela**

Diese Woche in Washington

Beide Kammern des Kongresses befinden sich in den Sitzungsferien. Die Abgeordneten und Senatoren werden erst am 29. April wieder aus ihren Wahlkreisen und Staaten nach Washington zurückkehren.

US-Präsident Donald Trump äußerte sich optimistisch, dass man in Kürze über ein Abkommen mit China im Handelsbereich hören werde. Er betonte, dass dieser „Deal“ Vorteile für beide Länder mit sich bringe. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer beabsichtigt, Ende April nach China zu reisen, um die Gespräche mit dem chinesischen Vizepremier Liu He fortzusetzen. Dessen erneuter Besuch in Washington ist für den 6. Mai festgelegt.

Laut des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) ist das Handelsdefizit der USA im Februar um 1,8 Milliarden US\$ gesunken. Die Exporte von Gütern seien um 2,1 Milliarden gestiegen, während die Exporte von Dienstleistungen um 300 Millionen US\$ leicht gesunken seien. Auch das Handelsdefizit mit China sei im Februar um 3,1 Milliarden US\$ gesunken. Das Handelsdefizit mit Deutschland wird für Februar mit 5,5 Milliarden US\$ angegeben.

Einer Umfrage der *National Telecommunications and Information Administration* (NTIA) zufolge nutzen 22 Prozent der US-amerikanischen Haushalte kein Internet von zu Hause aus. Hauptgründe hierfür seien mangelndes Interesse oder Kosten. Bei Haushalten von Geringverdienern oder ohne schulpflichtige Kinder sei dieser Trend besonders stark ausgeprägt. (cs)

Kurzmeldungen

Section 232-Bericht zu Uranimporten

Das US-Handelsministerium hat bestätigt, dem Weißen Haus den *Section 232-Bericht* zu potenziellen Auswirkungen von Uranimporten auf die nationale Sicherheit der USA vorgelegt zu haben. Die Ergebnisse sind noch nicht öffentlich.

Die Untersuchung folgte einem von zwei US-Bergbauunternehmen im Januar 2018 gestellten Antrag. Die Unternehmen argumentierten, dass der Import von Uran die Produktion in den USA bedrohe und eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstelle. Sie forderten eine Importquote, die einen

Handelspolitische Gespräche der Administration

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer hat sich in Washington mit dem japanischen Wirtschaftsminister Toshihiko Motegi [getroffen](#), um die Rahmenbedingungen für ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern zu besprechen. Bereits im Dezember 2018 hatte der USTR seine [Verhandlungsziele](#) mit Japan veröffentlicht, u.a. in den Bereichen Handel von Gütern, Dienstleistungen, Erleichterungen von Zollvorschriften und Währungsmanipulation. Die US-Administration hatte zudem erwähnt, dass ein Abkommen mit Japan in Stufen verhandelt werden könne. Motegi unterstrich, Japan wolle keine Quoten für Autoexporte in die USA in Betracht ziehen. Bei dem jetzigen Treffen standen vornehmlich der Handel von Gütern und Agrarprodukten sowie erhöhte Standards im digitalen Handel im Mittelpunkt.

Zu den jüngst verabschiedeten EU-Verhandlungsmandaten hat der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Chuck Grassley (R-IA) erklärt, dass ein Abkommen ohne Einigung zu Agrarprodukten kaum Chancen auf eine Verabschiedung durch den Kongress hätte. Auch US-Präsident Donald Trump drohte erneut, Zölle auf EU-Autoexporte und andere Produkte zu verhängen, sollte die EU ihre Agrarmärkte nicht für US-Exporteure öffnen.

Der vom USTR und dem ägyptischen Handelsministerium organisierte *US-Egypt Trade and Investment Council* hat sich am 9. April in Washington [getroffen](#), um den verbesserten gegenseitigen Marktzugang für Industrie- und Agrargüter zu fördern. Die US-Seite lobte, dass Ägypten die Voraussetzungen für die *domestic ownership requirements* für Logistikfirmen erleichtert hätte. Die beiden Länder haben sich darauf geeinigt, die Gespräche fortzuführen. (kw)

SPOTLIGHT STEUERN: Tax Day

Der 15. April ist in den USA traditionell der sogenannte *Tax Day*, an dem die Frist für die Einreichung der Steuererklärungen für das Vorjahr ausläuft. Da erstmals die Auswirkungen der Steuerreform von 2017 zum Tragen kommen, steht der diesjährige *Tax Day* besonders im Fokus. US-Finanzminister Steven Mnuchin schreibt in einem [Meinungsbeitrag](#), dass dank der Steuerreform die Steuerpflicht für eine typische US-Familie mit einem jährlichen Haushaltseinkommen von 75.000 US\$ um 2.244 US\$ gesunken sei. Gleichzeitig seien die Nominallohne um 3,3 Prozent gestiegen.

Die [US Chamber of Commerce](#) berichtet, dass über 500 US-Unternehmen Bonuszahlungen, Lohnerhöhungen und/oder andere Leistungen aufgrund der Steuerreform auszahlen konnten. Die [National Association of Manufacturers](#) (NAM) sieht in der Steuerreform den Grund für das positive Wirtschaftswachstum. US-amerikanische Hersteller hätten im Jahr 2018 mehr als eine Viertelmillion neue Arbeitsplätze geschaffen, soviel wie seit 1997 nicht mehr. Auch die Produktion befände sich auf dem höchsten Stand seit zehn Jahren. Laut des [Pew Research Center](#) bewerten allerdings nur 36 Prozent der befragten Bürger die Steuerreform als positiv, 49 Prozent sehen sie als negativ an. Auch eine [NBC/Wall Street Journal](#)-Umfrage zeigt, dass nur 17 Prozent der Befragten davon ausgehen, von Steuererleichterungen

Marktanteil von 25% für den inländischen Uranabbau sicherstellt. Laut eines [Industrieverbands](#) für Energieversorger würde eine Quote zu zusätzlichen Kosten von 500 bis 800 Millionen US\$ für US-amerikanische Kernkraftwerke pro Jahr führen. (ch)

Verfassungsmäßigkeit von Section 232-Zöllen?

Nachdem der *Court of International Trade* entschieden hatte, dass die von der Administration eingeführten *Section 232*-Zölle legal sind (vgl. WN #12/2019), hat das *American Institute for International Steel* (AIIS) jetzt beim Obersten Gerichtshof der USA beantragt, dass es über die Verfassungsmäßigkeit der Zölle urteilen solle.

Das AIIS argumentiert, dass *Section 232* dem Präsidenten am Kongress vorbei unkontrollierten Handlungsspielraum gäbe. Auch sei der Präsident nicht dazu angehalten, die wirtschaftlichen Konsequenzen seiner Entscheidungen für nachgelagerte Industrien und Konsumenten zu prüfen. In der Verfassung heiße es, dass der Kongress für die Gesetzgebung zuständig ist. (cs)

Neue Sanktionen gegen Venezuela

Das *Office of Foreign Assets Control* (OFAC)

zu profitieren. 28 Prozent sind davon überzeugt, wegen der Reform mehr Steuern zahlen zu müssen. (ch)

Keine Einigung beim Thema Infrastruktur in Sicht

Nach ihrer Klausurtagung beabsichtigen die Demokraten im Repräsentantenhaus, eine umfassende Infrastrukturgesetzgebung auf den Weg zu bringen. Laut des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Peter DeFazio (D-OR) soll an einem Entwurf gearbeitet werden, der die Benzinsteuer anheben würde, um die Infrastruktur für den Straßen- und Schienenverkehr zu finanzieren. Weitere Details wurden nicht genannt. Im Senat setzt sich unterdessen der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und öffentliche Bauvorhaben John Barrasso (R-WY) dafür ein, dass sein Ausschuss bis zum Sommer Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur neu bewilligt. Wie die Mittel finanziert werden sollen, lässt er weiter offen. Eine Anhebung der Benzinsteuer lehnt er vehement ab.

Seitens verschiedener Interessenvertreter wächst die Kritik an der Uneinigkeit innerhalb des Kongresses. *Transportation for America* fordert die Gesetzgeber dazu auf, Investitionen in die Infrastruktur nur noch dann zu erwähnen, wenn auch die Details für die Finanzierung ausgearbeitet seien. Das Thema Infrastruktur drohe sonst nicht mehr ernst genommen zu werden. Den Bürgern müsse bewusst gemacht werden, welche Gegenleistungen sie von Investitionen der öffentlichen Hand erwarten können, so Beth Osborne, Exekutivdirektorin der Gruppe. (cs)

Wunderbar Together – Feiern Sie mit uns die deutsch-amerikanische Freundschaft!

PopUp Tour ist Partner der *Germany Week* in Chicago

Unter dem Motto *Wunderbar Together* feiert Deutschland von Oktober 2018 bis Ende 2019 ein Jahr der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Hunderte Veranstaltungen und Ausstellungen rund um Wirtschaft, Politik, Bildung, Kultur und Wissenschaft zeigen wie einzigartig und bedeutsam die transatlantischen Beziehungen sind. *Wunderbar Together* ist eine gemeinsame Initiative, die vom Auswärtigen Amt gefördert, vom Goethe Institut durchgeführt und vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützt wird.

Ein Herzstück von *Wunderbar Together* ist die *PopUp Tour* (*#WunderbarTour*), die unter anderem die vielen positiven Beiträge deutscher Tochterunternehmen in den USA hervorhebt. Hierzu gehören Direktinvestitionen, hochentwickelte Produktionstechnologien, Arbeitsplätze und Ausbildungsprogramme nach deutschem Vorbild. Die *Wunderbar Together PopUp Tour* beinhaltet zudem Filmvorführungen, Konzerte, Ausstellungen, Spiele, Fotokabinen, Science Slams, Geschäftsessen und Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen wie Zukunft der Arbeit, Digitalisierung, Arbeitskräfteentwicklung und Nachhaltigkeit. Partner der *Wunderbar Together PopUp Tour* sind BASF, BMW Group, Siemens AG, Bayer AG, Daimler AG,

hat weitere Sanktionsmaßnahmen gegen Venezuela [bekanntgegeben](#). Man wolle hiermit Firmen treffen, die venezolanisches Öl nach Kuba transportierten und somit von Maduros Regierung und deren Ausnutzung natürlicher Ressourcen profitierten, so US-Finanzminister Steven Mnuchin. Die Sanktionen richten sich gegen vier Öl- sowie neun Schifffahrtsunternehmen. (cs)



Die *PopUp-Tour* macht erstmals Halt auf der *Germany Week* vom 26. April bis zum 5. Mai 2019, im Herzen Chicagos auf der Daley Plaza. Die *Germany Week* ist eine Ko-Produktion der *GACC Midwest*, der *PopUp Tour*, dem Goethe Institut und dem deutschen Konsulat Chicago sowie dem Deutschlandjahr USA. Sie bietet familienfreundliche Veranstaltungen, abwechslungsreiche Unterhaltungsprogramme, interaktive Ausstellungen, einen Biergarten, Weinfeste, kulturelle und Business-Events. Alle Infos sowie das ausführliche Programm finden Sie unter www.germanyweek.org. Nach Chicago geht es für die *PopUp-Tour* weiter nach Atlanta (24. bis 28. September 2019) und Portland (8. bis 12. Oktober 2019). Weitere Informationen finden Sie unter [Wunderbar Together PopUp Tour](#). Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#), [Twitter](#) und [Instagram](#). (cs)



Pittsburgh: Auf Mission

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Pittsburgh war vor allem für seine Stahlindustrie bekannt. Statt rauchender Schloten und dreckiger Luft gibt es in der *City of Steel* inzwischen reichlich Innovationen zu sehen. Ob Uber, Google oder Apple: Die Region floriert – und auch deutsche Firmen sind mit dabei. Den vollständigen Beitrag finden Sie in der jüngsten Ausgabe der [Markets International](#) auf den Seiten 26 bis 29. (gtai)



Audi



Lufthansa



EVONIK
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>
publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

